

Paibacher Zeitung.



Nr. 82.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 6-50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7-50.

Montag, 12. April.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1880.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben nachstehende Allerhöchste Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Freiherr von Hofmann!

Indem Ich Sie Ihrem Ansuchen gemäß von der Stelle Meines gemeinsamen Finanzministers unter Vorbehalt Ihrer Wiederverwendung in Meinem Dienste in Gnaden enthebe, verleihe Ich Ihnen in Anerkennung der ausgezeichneten Dienste, welche Sie durch viele Jahre und namentlich in dem Ihnen in letzter Zeit zugewiesenen wichtigen Wirkungskreise mit Eifer, Treue und Hingebung geleistet haben, taxfrei das Großkreuz Meines Leopold-Ordens.

Wien am 8. April 1880.

Franz Joseph m. p.

Haymerle m. p.

Lieber von Szlavy!

Ich ernenne Sie zu Meinem gemeinsamen Finanzminister.

Wien am 8. April 1880.

Franz Joseph m. p.

Haymerle m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 4. April d. J. dem Landessthierarzte in Steiermark Dr. Heinrich Klingan in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung im Veterinärfache und auf dem Gebiete der Viehzucht das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Aus der Budgetdebatte.

Im Nachhange zum Berichte über die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. d. M. lassen wir einen Theil der Ausführungen des Abg. Hausner hier folgen. Derselbe bemerkte unter anderm: „Die Verlegung eines Statthalters von einem Posten auf einen gleichwertigen und nach meiner Ansicht noch viel angenehmeren, also eine ganz unschuldige und untergeordnete dienstliche Verfügung, welche der Natur der Sache nach sich eigentlich jeder parlamentarischen Discussion entziehen sollte, scheint dem Abg. Dr. v. Plener wichtig und tragisch genug, daß er den nüchternen Finanzmann ganz vergißt und den hochconservativen Monarchisten hervorkehrt und mit Abscheu ruft: Da sinkt ja Oesterreich auf das Niveau des republikanischen Frankreich herab. Nun es liegt nicht in meiner Art, Herzenswünsche in Bezug auf fremde Mächte laut werden zu lassen, aber in Bezug auf den Gegenstand, den wir eben behandeln, in Bezug auf das Budget möchte ich mir dennoch erlauben, auszusprechen, daß es vielleicht nicht so bitter wäre, wenn wir auf das Niveau eines Ueberschusses der Einnahmen über die Ausgaben von 40 Millionen Francs, auf das Niveau des dem Staatsvoranschlage gegenüberstehenden, um 90 Millionen höhern Steuereinganges und auf das Niveau verschiedener anderer französischer finanzieller Zustände — sinken würden. Ich würde jedenfalls dieses Sinken einem Aufschwunge vorziehen, wie wir ihn alle miterlebt haben.“

Der Redner bemerkt weiters, der Abg. v. Plener sprache: „Seit drei Vierteljahre toben die nationalen Leidenschaften fessellos denn je in Oesterreich.“ Da muß man wahrhaftig ein Hansen'sches Medium sein, das eine Kartoffel für Birnen ist, um das zu begreifen! In der ganzen weiten Monarchie ist alles ganz ruhig und still, etwas apathisch, etwas gedrückt, in Prag huldigen zwei Volksstämme friedlich und gelassen dem Kronprinzen Rudolf, und das soll das Loben der entfesselten nationalen Leidenschaften sein? Man sage mir doch ein Ereignis, irgend einen Conflikt, irgend eine Ausschreitung, irgend einen blutigen Wahlkampf, wie sie in England und Ungarn hundertfältig vorkommen, um dieses Wort mit etwas zu begründen, und dennoch war es dem Herrn Abg. Dr.

Menger gegeben, diesen hyperbolischen Ausdruck noch zu überbieten, indem er ausrief: „Das Deutschtum ist in Gefahr!“

Ich habe eine viel zu hohe Meinung von den Deutschen, ich kenne, achte und schätze sie zu sehr, um einen Moment annehmen zu dürfen, daß dieses deutsche Element, welches überall, wo es sich festsetzt, so tiefe Wurzeln schlägt und so zäh ausharrt, durch Beamtenverfehlungen, Parallelschlägen und — verzeihen Sie den trivialen Ausdruck — durch solche Lappalien in irgend etwas erschüttert werden könnte. Als ich diesen Ausruf des Abg. Dr. Menger hörte, dachte ich mir, was doch die Deutschen für ein beneidenswertes Volk sind, denn sie wissen gar nicht, was das ist, wenn eine Nationalität in Gefahr ist. Sie können es gar nicht wissen, weil ihnen das nicht widerfährt. Denken Sie, meine Herren, an eine Bedrückung, welche keiner anderen Bedrückung an die Seite zu stellen war, die in Schleswig. Welche ungeheure Reaction hat das hervorgerufen! Wie schnell und blutig wurde das gerächt, und wie wird das bis jetzt an den Dänen revanchiert. Es ist hier und da vorgekommen bei den Elässern in Frankreich im vorigen Jahrhundert, wo das Nationalitätengefühl minder wach war, und auch in Ungarn, daß einzelne Deutsche einige ihrer Eigenthümlichkeiten freiwillig aufgegeben haben, aber sogar in Frankreich und Ungarn hatten die Deutschen wenigstens deutsche Volksschulen.

Ich gehe jetzt zum eigentlichen Gegenstande, zum Budget, über. Es klingt paradox, aber es ist nichtsdestoweniger richtig, daß es denjenigen Mitgliedern des Budgetausschusses, welche an dem Zustandekommen des Budgets theilgenommen, schwerer ist als einem anderen, sich auf einen gewissen, freieren Standpunkt zu stellen, um einen weiteren Ausblick zu gewinnen. Bei dem Bestreben, die unproductiven Ausgaben zu vermindern, trifft man auf bindende Verpflichtungen, auf erworbene Rechte, bei dem Wunsche, die productiven Ausgaben zu heben, begegnet man dem mit Gesetzesautorität bekleideten Unus, niemals eine höhere Post als die von der Regierung präliminierte einzustellen. Bei der Tendenz, die Einnahmen zu vermehren, trifft man auf Scrupeln und Befürchtungen aller Art, so daß schließlich ein gewisser fatalistischer Pessimismus sich in das Gemüth einschleicht und man die rechte Freude an dem Versuche, an dem Budget zu ändern und zu bessern, verliert. Während der letzten zwölf Jahre kommt mir vor, als ob sowohl Volksvertretung als Regierung vier Phasen der Auffassung des Budgets und des Bestrebens, dasselbe zu verbessern, durchliefen. Die erste Phase war die der Ersparnisse vom Jahre 1868 bis 1871, die zweite von den Jahren 1871 bis 1873 war die Phase der Illusionen, die dritte von 1874 bis 1878 die Phase der Steuerreform, die vierte von 1879 bis 1880 die Phase des entnuthigten Pessimismus, allein zu schwarz darf man die Sache denn doch nicht ausmalen, es ist nicht gerechtfertigt, die Befürchtungen zu hegen, daß in Zukunft der Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommen werde. Wir stehen jetzt auf dem Punkte, daß unsere Staatsschulden von den Einnahmen 28-4 Procent hinwegnehmen, allein wir finden sieben europäische Staaten, welche noch viel mehr von diesen Einnahmen auf die Staatsschuld verwenden müssen, und zwar die Türkei, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Italien und Ungarn.

In einer großen, unproductiven Ausgabenpost nimmt Oesterreich eine verschiedene Stellung unter den europäischen Staaten ein: in den Heeresauslagen. Die Heeresauslagen nehmen von den Einnahmen in Oesterreich 17-2 Procent hinweg, und da sehen wir, daß die größere Hälfte der europäischen Staaten ein höheres Procent ihrer Einnahmen diesen Auslagen zuwendet. Weniger belastet sind in dieser Beziehung nur die Schweiz, Belgien, Italien, Rumänien, Portugal und Norwegen.

Wenn wir nun die Steuerlast, welche auf Oesterreich entfällt, die directen und indirecten Steuern, zusammennehmen, finden wir, daß gegenwärtig in Oesterreich 15-70 fl. auf den Kopf entfallen. Nur vier Staaten, Frankreich mit 25, Großbritannien mit 20-40, die Niederlande mit 19 und Spanien mit 16-80, sind noch stärker mit Steuern belastet. Schon diese vergleichende Zusammenstellung zeigt, wie äußerst schwierig eine Steuerreform aufzustellen, wie ungemein vorsichtig sie durchzuführen ist bei Verhältnissen, welche

darauf hindeuten, daß wir schon in vielfacher Beziehung an der Grenze des Möglichen angelangt sind. Das Ergebnis, welches aus der vergleichenden Zusammenstellung hervorleuchtet, bewirkt, daß sich die Kritik des Vorgehens der jetzigen Regierung kaum zu einem Tadelvotum zuspitzen könne, da diese ungemein schwierigen Verhältnisse jede rasche Lösung und Bewältigung ausschließen, und da die Vorbereitung einer tiefgreifenden und systematischen Steuerreform nothwendig außerordentlich langsam vor sich gehen muß, da ferner das Hauptübel ein überkommenes ist, nicht ein überkommenes aus inneren Maßnahmen, sondern ein von außen hineingetragenes. Ich glaube, welche Regierung immer mit der Steuerverwaltung betraut wäre, sie könnte an diesen oben angedeuteten Verhältnissen nichts ändern, und darum werde ich für das Eingehen in die Specialdebatte stimmen.“

Oesterreichischer Reichsrath.

67. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 9. April.

Präsident Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministertische: Taaffe, Prajatz, Conrad, Kriegsau.

Die Generaldebatte über das Budget wird fortgesetzt.

Abg. Neuwirth wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abgeordneten Hausner. Mit philosophischen Zukunftsideen über den Rechtsstaat Oesterreich sei für die Besserung der Finanzen blutwenig gethan. Habe er auf Frankreich hingewiesen, so müsse entgegnet werden, daß dieses kein Galizien habe, das Oesterreich so theuer zu stehen komme. Auch die übrigen geistreichen Apercus hätten ihren Zweck verfehlt. Redner wendet sich hierauf zur Besprechung der Thätigkeit des Budgetausschusses. Derselbe habe vor Resolutionsdebatten nicht ans Ziel gelangen können; er habe zu dem Wochen gebraucht, was, wie das Unterrichtsbudget, in zwei Tagen zu erledigen gewesen wäre. Die Majorität, welche verschiedene kleine Geschenke der Regierung annehme, müsse endlich dankbar sein und die Regierung stützen, damit sie aus der peinvollen Lage über den Parteien befreit werde; sie müsse auch einige harmlose Steuergesetze annehmen, denn die Regierung wolle leben. Redner beschäftigt sich sodann mit der Person des Finanzministers, citirt einige Stellen aus dessen Broschüre und betont, daß derselbe die Vorlagen seines Vorgängers ablehne, so daß das ganze Finanzprogramm in der Luft schwebte. Redner dankt schließlich dem Ministerpräsidenten, daß er durch das Coalitionsprogramm und seine Actionen die verfassungstreuen Parteien geeinigt habe. (Beifall links.)

Abg. Dr. Ferzabek entgegnet zunächst auf die Ausführungen der Abgeordneten Neuwirth und Hallwisch, indem er betont, daß die czechische Nation ihre alte Entwicklungsgeschichte besitze und sich in cultureller Beziehung auf ihre eigene Kraft stützen könne. Zur Regelung der Finanzen sei es nothwendig, daß für culturelle Zwecke, für productive Anlagen mehr verwendet werde. Redner weist dießfalls auf das Vorgehen Rußlands hin, wo die Einnahmen fortwährend im Steigen begriffen seien. Wenn die Deutschen in Oesterreich aus finanziellen Gründen der Occupationspolitik widerstrebten, so trafen sie mit den Gefühlen der Slaven Oesterreichs zusammen, welche die ungestörte Einigung der Südslaven sehr begehrt hätten. Die Vermehrung der Staatsschuld um 160 Millionen durch diese Action falle daher lediglich der auswärtigen Politik zur Last. Redner hofft, daß durch die Vollendung des Friedenswerkes zwischen den Nationen auch das Deficit in Oesterreich verschwinden werde. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Ruz wirft einen Rückblick auf die österreichische Geschichte der letzten 20 Jahre, um Analogien für das gegenwärtige Cabinet zu suchen. Der Redner bespricht sodann die Zusammensetzung des jetzigen Ministeriums und der Majorität des Hauses; hierauf wendet er sich gegen die Bestrebungen, die achtjährige Schulpflicht abzukürzen und die Autonomie zu erweitern. Er polemisiert gegen die Redner der Rechten und richtet schließlich an den Ministerpräsidenten die Mahnung, an das Ende seiner Action zu denken; denn sehr leicht könne es ihm arriivieren, daß er, während er emporzusteigen glaube, durch einen Rück

der hinter den Coulissen arbeitenden Maschinenmeister tief in die Verfertigung jalle. Bisher habe der Coalitionsversuch der Regierung nur Mißtrauen von der einen Seite und Mangel an Vertrauen von der andern Seite zur Folge gehabt. Dieser Situation gegenüber könne die Verfassungspartei in ihrer Haltung keineswegs schwanken sein. (Beifall links.)

Abg. Ritter v. Krzeczunowicz erinnert die Redner der Linken daran, daß das Ministerium Auerberg jahrelang mit dem Mißtrauen der Rechten und dem Mangel an Vertrauen von Seite der Linken regiert habe. Was Abg. Newwirth von Galizien gesagt, beruhe auf Unkenntnis der Verhältnisse. Ein Land, das früher durch Beamte wie ein verpachtetes Gut behandelt worden sei, könne derzeit nicht so steuerleistungsfähig wie andere Länder sein. Die Programmlöslichkeit der Regierung sei ihm noch immer lieber als das Programm des Abg. Newwirth. Derselbe habe eigentlich nichts anderes gethan, als die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß Galizien zu wenig Steuerzahle. (Heiterkeit.) Der Vergleich Galiziens mit Frankreich hinfle. So unsinnig werde man in Frankreich nicht handeln, die Departements der Pyrenäen und der Seine gleich zu besteuern. (Beifall rechts.)

Redner wendet sich hierauf gegen die Ausführungen des Abg. Plener in betreff des künftigen höhern Ertrages der Grundsteuer, der Erwerbs- und Einkommensteuer. An eine Erhöhung des Grundsteuerertrages sei wenigstens in Galizien nicht zu denken; es werden vielmehr bedeutende Ermäßigungen eintreten müssen. An der Erwerbssteuer könne nicht gerüttelt werden. Eine Reform sei lediglich bei der Einkommensteuer möglich. (Beifall rechts.)

Schluss der Sitzung halb 4 Uhr. — Nächste Sitzung morgen.

Nachtragscredit für die Weltausstellung in Melbourne 1880/81.

Die Regierung hat im Abgeordnetenhaus eine Nachtragscreditforderung im Betrage von 10,000 fl. für die Beteiligung Oesterreichs an der im Jahre 1880/81 in Melbourne in Australien stattfindenden internationalen Weltausstellung eingebracht, die zweifelsohne vom Reichsrathe auch bewilligt werden dürfte. Dem vom k. k. Handelsministerium zu dieser Vorlage erstatteten Motivenberichte entnehmen wir folgende Ausführungen:

Die Zahl der in den letzten Wochen beim österreichisch-ungarischen Exportvereine eingelangten Anmeldungen für Melbourne, zumeist von bedeutenden und angesehenen Establishments der exportfähigsten Industriezweige Oesterreich-Ungarns herrührend, beträgt beläufig 220. Dieselben sind geeignet, wenn sie der Sache gewonnen bleiben, unserer Monarchie auf der Melbourne Ausstellung eine würdige Stellung neben den großen europäischen Culturstaaten zu sichern. Diese Anmeldungen beruhen jedoch insbesondere auf der Voraussetzung, daß die österreichische Regierung die Repräsentation der vaterländischen Industrie in Melbourne in ähnlicher Weise unterstützen werde, wie dies von Seite anderer Industriestaaten geschieht und auch von österreichischer Seite — wie wohl in sehr bescheidenem Maßstabe — anlässlich der Weltausstellung 1879 in Sydney der Fall war. Es liegt nun gewiss nicht nur im Interesse der Theilnehmer, sondern des Staates selbst, eine möglichst vollständige Vertretung Oesterreichs in allen exportfähigen Zweigen auf der Weltausstellung in Melbourne zustande zu bringen. Nach den zugebotenen Nachrichten ist Melbourne für den australischen Importhandel, der bisher zu drei Vierteln in den Händen Englands liegt und dessen Wert sich schon jetzt auf 37 Millionen L. beläuft, noch viel wichtiger als Sydney. Alle Berichte schildern Australien als ein Absatzgebiet von großer Zukunft, als einen Erdtheil von rasch steigender Consumsfähigkeit und derzeit noch unentwickelter Industrie, und Melbourne ist der Centralhandelsplatz dieses Erdtheiles. Gleich allen anderen exportfähigen Industriestaaten muß daher auch Oesterreich diesem neuen, mit europäischen Waren bisher nicht vollständig gesättigten Markte seine vollste Aufmerksamkeit zuwenden. Es ist mit Grund zu erwarten, daß die Anläufe und Bestellungen österreichischer Waren in diesem Knotenpunkte des australischen Handels noch größeren Umfang erlangen werden, als in Sydney, und die dort zu erwartenden Anknüpfungen zur Herbeiführung dauernder Handelsverbindungen zwischen Oesterreich und Australien dienen werden. Andererseits bestünde die Gefahr, daß selbst die in Sydney angeknüpften Verbindungen wieder sich lösen könnten und somit die für jenes Unternehmen gebrachten Opfer erfolglos bleiben, wenn die österreichischen Erzeugnisse, die sich bei der dortigen Ausstellung so rasch Beifall errungen und einen guten Namen gemacht haben, auf dem unmittelbar nachfolgenden Ausstellungs-Unternehmen nicht erscheinen würden.

So wichtig es nun ist, daß Oesterreich in Melbourne würdig aufstrete, so unthunlich scheint es, die Kosten dieser Repräsentation denjenigen allein aufzulasten, welche sich entschlossen haben, als Pioniere

der vaterländischen Industrie diese Ausstellung zu beschicken. Die vorgeschrittenen Culturstaaten, welche insgesammt der Ausstellung in Melbourne eine größere Beachtung, als der ersten australischen Ausstellung in Sydney zuwenden, haben gleichzeitig, so viel bekannt, ausnahmslos auch die Unterstützung der Aussteller seitens des Staates als nothwendig erkannt. Die Regierung glaubt deshalb, daß es nach Lage der Verhältnisse vollkommen gerechtfertigt und geboten ist, auch den österreichischen Theilnehmern an dieser Welt-Ausstellung die Theilnahme von Staatswegen zu erleichtern. Ein Schritt ist in dieser Richtung nun zwar bereits dadurch geschritten, indem infolge der Verwendung des Handelsministeriums und des k. und k. Ministeriums des Innern von der Transportgesellschaft des österreichisch-ungarischen Lloyd die Ausrüstung eines eigenen, direct von Triest nach Melbourne abgehenden Lloyd-Schiffes beschlossen und eine wesentliche Frachtermäßigung für die auf diesem Schiffe zu verfrachtenden österreichischen Ausstellungsgüter erlangt worden ist. Nachdem jedoch die Beschickung dieser Ausstellung außer der Fracht noch zahlreiche andere namhafte Auslagen, wie für Vorarbeiten des Unternehmens in Wien, für den Katalog, für Reise und Aufenthalt der österreichischen Delegierten in Melbourne, für Installation, Decoration und Beaufsichtigung der österreichischen Abtheilung, Porto, Depeschen und Drucksorten zc. mit sich bringt, die auf mindestens 30,000 fl. veranschlagt werden, so empfiehlt es sich gewiss, den mittelst Beschickung dieser Ausstellung im Interesse des Staates unternommenen Exportbestrebungen unserer Industriellen auch einen Beitrag aus öffentlichen Mitteln zuzuwenden, zumal hierin zugleich eine moralische Unterstützung des Unternehmens seitens der Regierung liegt. Bezüglich der Ziffer dieses Betrages müssen allerdings die schwierigen Finanzverhältnisse in Erwägung gezogen werden. In Berücksichtigung aller angeführten Verhältnisse hat sich die Regierung mit Beziehung auf den früher erwähnten Beschluß des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses dahin entschieden, von der hohen Reichsvertretung einen Credit für die österreichische Beteiligung an der Weltausstellung 1880/81 in Melbourne im Betrage von 10,000 fl. in Anspruch zu nehmen.

Reform des deutschen Bundesrathes.

Die schnelle Beendigung der Kanzlerkrise hat in Berlin allgemein befriedigt und man erwartet nun mit einiger Spannung die in der kaiserlichen Cabinetsordre angeregten Vorschläge des Fürsten bezüglich der Regelung seiner Stellung zum Bundesrathe. Fürst Bismarck hatte bekanntlich sein Entlassungsgesuch damit motiviert, daß er als Kanzler auf Grund des Artikels IX der Reichsverfassung nicht gegen die Majorität des Bundesrathes an den Reichstag appellieren dürfe, wie er als preussischer Vertreter und Minister hätte thun können und sollen. Diesen „Conflict der Pflichten“, der aus Artikel XVI und XVII über die Stellung des Kanzlers entspringen könne, läßt der Kaiser gelten, findet sich aber deshalb nicht „bewogen“, den Fürsten seines Amtes zu entheben; dafür wird dem Fürsten Bismarck überlassen, beim Bundesrathe jene Anträge zu stellen, welche „die verfassungsmäßige Lösung eines derartigen Conflictes der Pflichten herbeizuführen geeignet sind“. Die Reform, welche geplant wird, dürfte sich also nicht auf die Geschäftsordnung des Bundesrathes allein beschränken, sondern auf dessen organisches Statut selbst ausdehnen. In welcher Richtung sich die diesbezüglichen Anträge des Reichskanzlers bewegen werden, ist noch nicht bekannt; wohl gilt aber in Berlin als ein Fingerzeig dafür ein Artikel der „Norddeutschen allgemeinen Zeitung“, in welchem die Gebrechen der derzeitigen Organisation und Geschäftsabwicklung des Bundesrathes einer eingehenden Kritik unterzogen sind. Aus diesem Grunde glauben wir denselben seinem vollen Inhalte nach reproducieren zu sollen. Er lautet wie folgt:

„Wer Gewicht darauf legt, dem Bundesrathe das Ansehen gewahrt zu sehen, welches die Verfassung ihm beilegt, wird den Wunsch mit uns theilen, daß derselbe sich auf einem höheren Niveau der politischen Bedeutung erhalte. Wir glauben, daß auch im Parlamente die staatsmännischen Elemente die Ansicht theilen werden, daß unsere Reichsinstitutionen nur dann einer gesunden Entwicklung entgegengehen, wenn dem Bundesrathe, in welchem die Gesamt-Souveränität der Regierungen sich vertreten findet, das ihm zugehörte volle Gewicht erhalten wird. Das letztere vermindert sich nach unserem Eindrucke dadurch, daß bei der langen Dauer der Bundesraths-Sitzungen die leitenden Minister und vielfach auch die am Orte anwesenden preussischen nicht regelmäßig an den Sitzungen theilnehmen können, und daß viele der kleineren Staaten aus finanziellen Rücksichten es vorziehen, sich überhaupt nicht selbstständig vertreten zu lassen, so daß die Substitution, welche selbst im alten Bundestage zu den seltenen Ausnahmen gehörte, in dem sehr viel bedeutsameren Bundesrathe für die Mehrzahl der Regierungen die Regel bildet. Die Frequenzlisten der Bundesraths-Sitzungen weisen nach, daß in der Regel von den 25 verbündeten Staaten nur 10 bis 11, in

sehr seltenen Fällen bis zu 14 die Sitzungen durch eigene Bevollmächtigte besetzt haben. In den 29 Sitzungen der laufenden Session sind Lippe, Reuß jüngere Linie, Reuß ältere Linie, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha überhaupt niemals, Schaumburg-Lippe einmal, Schwarzburg-Sondershausen sechsmal, Schwarzburg-Rudolstadt viermal, Sachsen-Altenburg einmal bei der Eröffnung, Sachsen-Meiningen sechsmal, Oldenburg zehnmal, Sachsen-Weimar zehnmal durch eigene Bevollmächtigte vertreten gewesen, also entweder in allen Sitzungen oder doch in der großen Mehrzahl derselben nur im Wege der Substitution.

„Daß von der Verfassung gesuchte Gleichgewicht im Stimmenverhältnisse wird durch diese Gewohnheit einigermaßen alteriert. Wenn auch nicht zu erwarten ist, daß die leitenden Minister für die ganze Dauer der Sessionen von ihrer Heimat abwesend sein können, so sollte man doch meinen, daß die Mitwirkung im Bundesrathe für jede der verbündeten Regierungen wichtig genug wäre, um durch irgend eine eigene Vertretung wenigstens an den bedeutsameren Sitzungen theilzunehmen. Wir glauben, daß es die Aufgabe des Präsidiums sein wird, der Schädigung, welche die Entwicklung unseres Verfassungslebens durch Verminderung der Theilnahme an den Arbeiten des Bundesrathes erleiden kann, durch Anträge auf eine Reform der Geschäftsordnung entgegenzuwirken. Die Arbeiten des Bundesrathes sind nicht alle von gleicher Wichtigkeit, und für die geringeren bedarf es nicht der Anwesenheit leitender Minister. Es dürfte deshalb angezeigt sein, eine Sonderung der Arbeiten vorzunehmen, vermöge welcher die wichtigeren derselben sich auf einen Zeitabschnitt zu concentrirten hätten, der so kurz bemessen sein würde, daß er den leitenden Ministern die Theilnahme ohne Schädigung ihrer verantwortlichen Geschäfte in der engeren Sphäre gestattete. Die Durchführung einer solchen Scheidung und ihre Anwendung namentlich auf alle legislativen Maßregeln erscheint uns nicht übermäßig schwierig. Nur gehört dazu allerdings eine gewisse Selbstbeschränkung in den legislativen Arbeiten der einzelnen Regierungen, so daß Anträge auf neue Gesetze oder wichtigere allgemeine Verordnungen nur in einem gewissen Zeitraume zulässig wären und diejenigen, welche bis zum Abschlusse desselben nicht eingeleitet werden können, ausnahmslos auf das nächste Jahr zu verweisen sein würden. Wir glauben nicht, daß unsere Gesetzgebung durch eine Minderung der Hast, mit welcher sie nicht selten betrieben worden ist, wesentlich verlieren würde.“

Die „Kölnische Zeitung“ schlägt vor, den Bundesstaaten unter 100,000 Einwohnern eine beratende Stimme zu belassen, aber nur eine halbe beschließende Stimme zuzuerkennen. Sie findet es höchst sonderbar, daß Schaumburg-Lippe mit 33,000 Einwohnern eine ganze Stimme im Bundesrathe hat und also daselbe Gewicht in die Waagschale wirft, wie Oldenburg mit rund 320,000 Einwohnern. Wenn also Mecklenburg-Strelitz, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, die beiden Reuß, Schaumburg-Lippe und endlich Lübeck statt je einer ganzen nur je eine halbe beschließende Stimme im Bundesrathe zu hielten, was gewiss eine Billigkeit im Verhältnisse zu ihrer Einwohnerzahl wäre, so sank die Zahl der Stimmen im Bundesrathe von 58 auf 54; die Hälfte betrug 27; das Präsidium gäbe bei Gleichheit den Ausschlag, und ein Fall, wie der jetzt vorgekommene, daß Preußen, Baiern und Sachsen majorisirt würden, könnte nicht mehr vorkommen, da sie eben über die Hälfte der Stimmen verfügten. Das Verhältniß wäre auch dann noch ein ungerechtes, da 33 1/3 Millionen mit nur gleich vielen Stimmen vertreten würden, 7 1/2; aber die schreiendste Folge des Mißverhältnisses, wie sie jetzt praktisch hervorgetreten ist, wäre beseitigt. Diese Proposition ist sehr annehmbar, aber es würde voraussichtlich einen heißen Kampf kosten, sie durchzusetzen. Daß eine Verfassungsrevision nothwendig ist, darin stimmen fast alle Blätter, mit selbstverständlicher Ausnahme der ultramontanen und particularistischen, überein.

Die Cabinetsfrage in England.

Das volle Ergebnis der englischen Parlamentswahlen wird zwar erst im Laufe dieser Woche bekannt werden, aber trotzdem läßt sich schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit die Stärke der künftigen Majorität calculieren. Das Unterhaus wird nach einer Wahrscheinlichkeitsrechnung 318 Liberale, 271 Conservative und 63 Homöopathen zählen. Die Liberalen werden sonach eine Mehrheit von 47 über die Conservative haben und mit den Homöopathen vereint von 110; gehen aber die conservative Homöopathen um Tories, so vermindert sich die liberale Mehrheit auf 17 Stimmen, beträgt also dann nur 93. Eine solche Majorität, wenn sie compact auftritt und vor einer Zersplitterung in sich befindende Fractionen bewahrt bleibt, genügt vollständig zu einer festen Stütze für eine kräftige Regierung.

Das Cabinet Beaconsfield gehört der Vergangenheit an; es hat seine Entlassung officiell nur der Abwesenheit der Königin halber nicht gegeben, die der „Standard“ ziemlich unverblümt tabelt. Das

Organ des Premiers meint, die Monarchin hätte in so ernstem Momente die Pflicht gehabt, sofort in die Heimat zurückzukehren, damit das abtretende Ministerium mit ihr die nothwendig gewordenen Maßregeln beraten. Die Zusammensetzung und das Programm des Whig-Cabinetts bilden den Gegenstand der allgemeinen Discussion, doch ist über die Hauptfrage, ob Gladstone in dasselbe eintreten wird, offenbar noch nichts entschieden. Die „Daily News“ meint, daß angesichts der bestimmten Erklärungen Gladstones, Lord Granville und Lord Hartington den Vorrang lassen zu wollen, und in Anbetracht seiner bekannten Abneigung, ein Amt anzunehmen, die Königin möglicherweise einsehen werde, daß sie nur die Wahl zwischen Lord Granville und Lord Hartington habe und der ältere Führer und Staatsmann als Premier auserlesen werde. Gladstone könne unmöglich ein anderes Amt als dasjenige eines Premiers einnehmen. Es sei jedoch damit nicht gesagt, daß, wenn er das Amt des Premiers beharrlich ausschläge, er deshalb ganz und gar außerhalb der Regierung stehen müsse. Es sei entschieden wünschenswert, daß in irgend einer Weise sein Rath und seine Unterstützung der zukünftigen Administration in directerer Weise gesichert würde, als dies durch bloße parlamentarische Unterstützung von außen möglich sei. Die zukünftige Premierschaft sei, wenn auch Verhältnisse und Umstände auf Lord Granville hindeuten, darum doch noch kein vorausbestimmtes, durch constitutionelle Formen bedingtes Resultat. Unerwartete Entwicklungen dürfen noch immer möglich sein. Die Ära der politischen Ueberwältigungen sei vielleicht noch nicht ganz vorüber.

Die „Times“ glauben, das Einzige, was sich bezüglich der Personen, aus denen die neue Administration bestehen werde, mit Zuversicht sagen lasse, bestünde darin, daß für jeden Posten mindestens drei Candidaten mit berechtigten Ansprüchen vorhanden seien. Hierzu gehörten in erster Linie die Ueberlebenden des Cabinetts von 1874, deren einige in den letzten sechs Jahren schwer gealtert seien, allein schließlich doch berücksichtigt werden müßten. Neben diesen Veteranen sei eine beträchtliche Anzahl neuer Männer, welche seit jener Zeit der Opposition gute Dienste geleistet hätten. Es werde dem neuen Premier nicht leicht fallen, eine Wahl zu treffen; was die Schwierigkeit noch vermehre, sei die Thatsache, daß einige derselben die Ansprüche wichtiger politischer Interessen innerhalb der Partei vertreten.

Daß Mr. Gladstone möglicherweise nicht der Chef des neuen Cabinetts sein wird, geht aus einer Äußerung hervor, die Mr. Lowe (zuletzt Minister des Innern unter Gladstone) kürzlich im Laufe einer Wahlrede fallen ließ. Er sagte: „Ich weiß nicht, wer dazu berufen sein wird, die Regierung zu bilden, aber ich möchte mit Bezug auf die künftige Regierung bemerken, daß, wen immer auch die Königin mit deren Bildung betrauen dürfte, wenn er ein wirklicher und echter Liberaler ist, es eure Pflicht sein wird, ihn zu unterstützen, selbst wenn er nicht die Person sein sollte, die ihr auferkoren haben würdet.“

Tagesneuigkeiten.

— (Beethoven-Monument in Wien.) Am 1. Mai d. J. wird in Gegenwart des Bürgermeisters und des Wiener Gemeinderathes das neue Beethoven-Monument am Platze vor dem akademischen Gymnasium enthüllt werden. Der akademische Gesangsverein wurde zur Mitwirkung an dieser Feier eingeladen.

— (Das Festblatt der „Concordia.“) Das anlässlich des großen, von der Wiener Aristokratie am 17., 18. und 19. d. M. in der Hofreitschule zu veranstaltenden Wohlthätigkeitscarroussells erscheinende Festblatt „Bindobona“ wird dadurch ein ganz besonderes Interesse für sich beanspruchen, daß es eine möglichst vollständige Autographen-Sammlung hervorragender österreichischer Persönlichkeiten bringen wird; es wird nicht weniger als tausend Autographe enthalten: die Handschriften der bedeutendsten Staatswürdenträger, Politiker, Künstler und Schriftsteller, außerdem auch eine Collection trefflicher Sandzeichnungen österreichischer Maler. Das Blatt, 24 Folioseiten stark, kann bei allen Zeitungs-Expeditionen bestellt werden zu den Normalpreisen von 1 Gulden (Prachttausgabe) und 30 Kreuzer (gewöhnliche Ausgabe).

— (Graf Duchätel.) Der neuernannte französische Botschafter am Wiener Hofe, Graf Duchätel, gehört zu den reichsten Cavalieren Frankreichs. Man schätzt sein Vermögen auf 20 Millionen Francs. Er dürfte einer der jüngsten Botschafter sein, da er erst 42 Jahre zählt. Graf Duchätel ist mit der schönen und geistreichen Marquise d'Harcourt vermählt. Im Jahre 1870 trat Duchätel in die Assemblée Nationale, und Decazes senbete ihn dann als Gesandten nach Kopenhagen. Später gieng Graf Duchätel als Gesandter nach Brüssel, wo er persona grata ist und zur Stunde noch verweilt. Der Graf gilt als Orleansist; sein Vater war Minister unter Louis Philipp. Es heißt, Graf Duchätel werde bei seiner Regierung beantragen, daß in Wien ein prachtvolles französisches Botschaftspalais erbaut werde. Im Augenblicke besitzt die Botschaft kein eigenes Heim in Wien.

— (Tropfsteinhöhle in Herkulesbad.) Aus Mehadia wird der „Temesvarer Zeitung“ geschrieben: „Gelegentlich von Grabungen, welche diesertage hier angestellt wurden, um das Fundament zu einem Hotel und einer Villa zu legen, stießen die Arbeiter auf eine Tropfsteinhöhle, welche eine Fläche von 150 Klaftern repräsentiert. In derselben wurde eine Unmasse von Gerippen vorsündflutlicher Thiere aufgefunden. Die Aufindung dieser Höhle dürfte in der wissenschaftlichen Welt großes Aufsehen machen, da dieselbe für Geologen und Naturforscher Stoff zu sehr interessanten Betrachtungen bietet.“

— (Ein neuer englischer Orden.) Wie die Londoner „World“ erfährt, wird die Königin Victoria auf den Vorschlag Lord Beaconsfields anlässlich des Jahrestages ihrer Thronbesteigung einen Reichs-Verdienstorden stiften, der nur an Civilisten verliehen werden soll.

— (Ein Opfer der Wahlen.) In Ramsgate in England wurde diesertage ein ehemaliger Schankwirt, Namens Oswald Puderidge, weil er den Tod eines wertvollen Hundes verschuldete, zu sechs Wochen Zwangsarbeit verurtheilt. Er hatte den Hund über und über gelb und blau — die Farben der Liberalen und Conservativen — angestrichen, und das Thier hatte sich durch das Abblecken der Farbe vergiftet.

Locales.

Aus dem Sanitätsberichte des Laibacher Stadtphysikates

für den Monat Jänner 1880.

(Schluß.)

IV. Aus dem Civilspitale gieng für den Monat Jänner d. J. folgender Bericht ein:

Mit Ende Dezember 1879 sind in Behandlung verblieben . . . 465 Kranke, zugewachsen sind im Monate Jänner d. J. 372 „

Summe des Gesamtfrankenstandes 837 Kranke. Entlassen wurden . . . 314 Kranke, gestorben sind . . . 37 „

Summe des Abfalles . . . 351 „ mit Ende Jänner d. J. sind in Behandlung verblieben . . . 486 Kranke.

Es starben demnach 4.5 Procent vom Gesamtfrankenstande und 10.6 Procent vom Abfalle.

Von den im Civilspitale im Monate Jänner d. J. Verstorbenen waren 9 Laibacher, das ist solche, welche von der Stadt aus krank ins Spital kamen, und 25 Nicht-Laibacher, das ist solche, welche auf dem Lande erkrankten und von dort krank ins Spital kamen. Der Krankheitscharakter im Civilspitale während des Monats Jänner d. J. war folgender:

a) Medicinische Abtheilung: Vorwiegend waren Entzündungen und Katarthe der Athmungsorgane, ferner Halsentzündungen, doch verliefen die Entzündungen sehr milde und erfolgte die Aufsaugung außerordentlich rasch. Der Krankenstand war in diesem Monate durchgehends ein sehr bedeutender.

b) Chirurgische Abtheilung: In diesem Monate wuchsen viele Verletzungen und Knochenbrüche zu. Der Heiltrieb war nicht günstig zu nennen. Wunddiphtheritis wechselte mit Wundrothlauf. Die Krankenaufnahme war eine bedeutende.

c) Abtheilung für Syphilis: Bei Männern kamen meist Entzündungen der Urethra, bei den Weibern breite Kondylome zur Behandlung.

d) Abtheilung für Hautkrankheiten: Aufgenommen wurden außergewöhnlich viele Kranke mit Erfrierungen zweiten und dritten Grades, meist an den Fehen.

e) Irrenabtheilung: Aufgenommen wurden acht Kranke, darunter 2 Recidive, und 6 frische Erkrankungen, unter diesen zwei an Alkoholdelirien leidende Individuen. Ein Alkoholiker wurde geheilt, eine melancholische Kranke gebessert entlassen. Ein an Pneumonie erkrankter Alkoholiker starb binnen 24 Stunden nach seiner Transferierung in die Irrenanstalt. Dermalen befanden sich 129 Kranke in der Irrenanstalt.

f) Gebärhäus- und gynäkologische Abtheilung: Zu erwähnen ist ein tödtlich endender Fall von Windstucht der Gebärmutter. Die Gebärende wurde sterbend hineingebracht. Wegen Ueberfüllung der Spitalräume herrschten fortwährend Kindbettfieber.

V. Aus dem k. k. Garnisonsspitale gieng für den Monat Jänner d. J. folgender Bericht ein:

Mit Ende Dezember 1879 sind verblieben . . . 86 Kranke, seither sind zugewachsen . . . 103 „

Summe . . . 189 Kranke.

Genesen . . . 105 Kranke, erholungsbedürftig mit Urlaubsantrag . . . 4 „

ad superarbitrium . . . 1 „ an das Civilspital übergeben . . . 1 „

gestorben . . . 2 „ Summe des Abfalles . . . 113 „

verblieben mit Ende Jänner d. J. . . 76 Kranke.

— (Ritter von Kallina.) Der Herr Statthalter Ritter v. Kallina ist vorgestern von Graz, woselbst er sich durch zwei Tage aufgehalten hatte, nach Brünn abgereist.

— (Gemälde.) Der im krainischen Jägerbataillon Nr. 19 dienende Oberlieutenant Felician Freiherr von Myrbach hat das aus dem bosnischen Occupationsfeldzuge bekannte Gefecht bei Kremenac am 17. August 1878, an welchem auch das genannte Bataillon erfolgreichen Theil genommen hatte, zum Gegenstande eines von ihm ausgeführten Delgemäldes gemacht. Das Bild stellt eine Scene dar aus den Entsatzgefechten bei Stolac, in welcher Bestie, wie aus der Geschichte des bosnisch-herzegowinischen Feldzuges erinnerlich ist, ein Bataillon des Infanterieregimentes Nr. 32 eingeschlossen war, den größten Entbehrungen, der fürchterlichsten Roth preisgegeben. Die dritte Gebirgsbrigade des O.M. Schluderer war damals zum Entsatze von Stolac commandirt, und das dieser Brigade angehörende 19. Jägerbataillon hatte am 16. August abends nach harten Kämpfen die Höhen von Kremenac genommen, dort einen Halt gefasst und am anderen Tage, den 17. August, in ununterbrochenem Feuergefechte von halb 6 Uhr morgens bis zur hereinbrechenden Dunkelheit in der Defensive ausgeharrt, bis die ganze Brigade die taktischen Aufstellungen um Stolac genommen hatte. Oberlieutenant Baron Myrbach hat nun jenen für das Bataillon unergesäglichen Gefechtsdag durch seinen Pinsel verewigt und dies Gefechtsbild der diesjährigen Ausstellung im Wiener Künstlerhause eingereicht. Der Künstler ist ein Sohn des gewesenen Landespräsidenten der Bukowina und gegenwärtigen Stellvertreters des Statthalters in Graz, Baron Myrbach. Bei der vorgestern stattgefundenen feierlichen Eröffnung der Gemäldeausstellung fand dieses Bild seitens Sr. Majestät des Kaisers, der demselben eine sehr eingehende Aufmerksamkeit widmete, die vollste Anerkennung.

— (Thierquälerei.) Ueber einen diesertage vorgefallenen empörenden Act von Thierquälerei schreibt uns ein „entrüsteter Augenzeuge“: „Freitag um 2 Uhr nachmittags erlaubte sich der Bedienstete eines hiesigen Geschäftsmannes, eine arme, noch dazu trachtige Kaze bei der Fleischerbrücke unweit des Leuz'schen Hauses in der fürchterlichsten Weise zu quälen. Der rohe Mensch ergriff das Thier bei den Hinterfüßen und schleuderte es mit voller Wucht auf den Boden, so daß es, vor Schmerzen winselnd und sich krümmend, liegen blieb. Eine nähere Beschichtigung der Kaze ergab, daß ihr sowohl die Rippen als auch beide Hinterfüße gebrochen waren. Daß die Polizei gegen derartige Thierquälereien nichts thut, ist geradezu unbegreiflich.“ — Wir haben der vorliegenden Zuschrift in unserm Blatte gerne Raum gegeben, da es uns selbst daran liegt, den Urheber dieses wahrhaft empörenden Roheitsactes der verdienten empfindlichen Strafe zuzuführen, können jedoch nicht umhin, hinzuzufügen, daß uns der letzte, gegen die Polizei gelehrte Zusatz zum mindesten sehr unpassend erscheint. Es wäre wahrlich etwas zu viel verlangt, von unserer kaum 20 Mann starken und mit Geschäften der verschiedensten Art überhäuften Polizeiwache zu beanspruchen, daß sie an allen Ecken und Enden der Stadt stehende Posten unterhält, um jedes allensfalls mögliche Unglück oder derartige Fälle vornehmlich zu verhindern zu können. Daß jeder einzelne Wachmann die Instruction hat, ähnlichen Thierquälereien, wie die oben geschilderte, energisch entgegenzutreten und dies — wenn eben einer anwesend gewesen wäre — auch sicherlich gethan hätte, sind wir überzeugt, aber allwissend und allsehend zu sein, bringt selbst ein Laibacher Polizeimann nicht zuwege. Der Ruf: warum thut die Polizei nichts dagegen? ist bei derartigen Vorfällen ein sehr beliebtes und nur zu oft gedankenlos nachgesprochenes Schlagwort, leider vergißt das löbliche Publicum aber in der Regel darauf, daß selbst die beste Polizei nicht das zu leisten imstande ist, was sie leisten sollte, wenn sie von der Bevölkerung nicht thatkräftig und freiwillig unterstützt wird. Hätte der „entrüstete Augenzeuge“, der nach der Fassung des Briefes den rohen Thierquäler zu kennen scheint, seine Beschwerde statt an uns, direct an die Polizei gerichtet, so zweifeln wir keinen Augenblick, daß er seinen Zweck rascher und einfacher erreicht und sich von der Grundlosigkeit seines Vorwurfes überzeugt hätte; wo jedoch kein Ankläger ist, gibt es bekanntlich auch keinen Richter. Den von ihm vielleicht gescheuten Anwurf, ein „Spitzel“ zu sein, hätte er in dem vorliegenden Falle, der jeden menschlich Fühlenden empören muß, wahrlich ruhig auf sich nehmen können.

— (Versuchter Einbruchsdiebstahl in die Cantine der Peterskaserne.) In der Nacht von Freitag auf Samstag wurde in der Cantine der hiesigen Peterskaserne ein äußerst frecher Einbruch versucht. Vier Männer hatten mit einem gegen fünf Meter langen eigenen Sparen, der einer Harpfe als Stützbaum gebient haben dürfte, das massive, eiserne, in Stein eingemauerte Gitter herausgehoben, nachdem sie zuvor die Winterfenster ausgehenkt, eine Schreibe der inneren Fenster eingedrückt und sodann letztere geöffnet hatten. Eben als die Strolche einsteigen wollten, erwachte infolge des Geräusches ein Soldat im ersten Stocke ober der Cantine, welcher das Fenster öffnete, um nachzusehen, was es gebe. Die vier Eindrehler ergriffen, als sie sich

bemerkt haben, sofort die Flucht. Der Cantineur Johann Soliasch hatte im Schankische der Cantine einen Geldebetrag von 600 fl. verwahrt, auf den es die verscheuchten Einbrecher offenbar abgesehen hatten.

— (Das schnelle Fahren.) Der 76 Jahre alte pensionierte Lehrer der Tirnauer Schule, Herr Lukas Eufchnit, welcher vergangenen Freitag um 9 Uhr morgens eine an der Thüre des ehemaligen Finanzdirectionsgebäudes, nunmehr der Frau Terpinz gehörigen Hauses angeschlagene Affiche las, wurde von einem über das Trottoire daherrausenden bauerischen Fuhrwerke niedergedrückt, so daß er auf das Trottoire geschleudert und von mehreren Passanten blutend aufgehoben wurde. Der bedauernswürdige alte Mann hatte sich das Antlitz knapp unter den Augen sowie auch die Nase bedeutend verletzt und kann froh sein, mit dem Leben davongekommen zu sein. Der ländliche Fuhrmann fuhr davon, ohne die verdiente Strafe erhalten zu haben.

— (Schadenfeuer.) Dem Grundbesitzer Lorenz Erzar in Nasowitz im Steiner Bezirke wurde durch ein in seinem Gehöfte am 12. v. M. um die Mittagsstunde aus unbekannter Veranlassung ausgebrochenes Schadenfeuer die Dreischlenne nebst zwei gefüllten Henschupfen eingekäschert und hiedurch ein nicht versicherter Schaden von 600 fl. zugefügt.

— (Gemeindevwahl.) Bei der Neuwahl des Vorstandes der Ortsgemeinde Mlaka im Bezirke Stein wurden der Grundbesitzer Andreas Svetlin von Podborscht zum Gemeindevorsteher und die Grundbesitzer Johan Remc von Gmajna und Josef Kozelj von Mlaka zu Gemeinderäthen gewählt.

— (Verkehrsstörung auf der Südbahn.) In der Südbahnstation Krieglach sind diesertage beim Verschieben des Zuges Nr. 127 zwei beladene Waggon entgleist, wodurch beide Geleise unfahrbar wurden. Der Verkehr war infolge dessen dritthalb Stunden lang gestört.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 11. April. Wie die „Mont.-Revue“ hört, ist eine Vereinbarung bezüglich der Verlängerung des gegenwärtigen deutsch-österreichischen Handelsvertrages auf ein weiteres Jahr zwischen den Cabineten von Wien und Berlin bereits definitiv erzielt.

London, 11. April. Bis jetzt sind 346 Liberale, 227 Conservative, 52 Homerule gewählt.

Petersburg, 11. April. Fürst Gortschakoff verbrachte eine sehr unruhige Nacht; das fieberhafte Phantasieren hörte erst morgens auf. Die Aerzte constatieren große Schwäche. Nachmittags war der Fürst etwas ruhiger. Der Kaiser besuchte ihn und ließ den Söhnen Gortschakoffs telegraphieren, nach Petersburg zu kommen.

Wien, 10. April. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Der Ministerpräsident Graf Taaffe theilt die Demission des Reichs-Finanzministers Freiherrn v. Hofmann und die Ernennung des Herrn v. Sclavsky zum Reichs-Finanzminister mit. — In fortgesetzter Budgetberatung weist Unterrichtsminister Freiherr v. Conrad entschieden die gestrige Bemerkung des Abg. Dr. Ruß zurück, daß die Regierung bei Berathung wegen Abkürzung der Schulpflicht eine Komödie aufgeführt. Er (der Minister) that niemals etwas, was darauf berechnet war, einen dramatischen oder gar einen täuschenden Effect zu erzielen. Weiters sprachen die Abg. Dr. Rechbauer und Wolfrum gegen, Czernawski und Graf Clam-Martiniß für die Budgetvorlage.

Prag, 10. April. „Potrok“ meldet: Die in der zweiten Hälfte des Mai einzuberufenden Landtage werden aufgeschoben, die Budgets pro 1880 und 1881 zu erledigen, da heuer keine weitere Landtagsession stattfindet.

Pest, 10. April. Der Abschied Sclavsky vom Abgeordnetenhaus hat sich zu einer Ovation für den scheidenden Staatsmann gestaltet; wie eine solche so spontan und so feierlich in diesem Hause kaum noch vorgekommen ist. Alle Bänke waren dicht besetzt, die Galerien von einem distinguierten Publicum gefüllt.

Pest, 9. April. (Frdbl.) Die Stadtgemeinde Fünfkirchen hat beschloffen, die Colportage österreichischer Druckwerke in ihrem Jurisdictionsbetriebe zu untersagen.

Berlin, 10. April. (Presse.) Gerüchtweise verlautet, es herrsche die Absicht, die Reichsgewalt mit einem verstärkten Veto auszustatten, welches den Reichskanzler der Nothwendigkeit überhebt, die Bundesrathsbeschlüsse, die er nicht billigt, zu vertreten.

Berlin, 10. April. Der Reichstag genehmigte heute in zweiter Lesung sämtliche übrigen Paragraphen der Militärvorlage wesentlich nach den Commissions-Anträgen. Ein Antrag Hermanns, die Befreiung der Geistlichen vom Militärdienste überhaupt auszusprechen, wurde abgelehnt. Der Antrag Richters, die Befreiung der Geistlichen von der Ersatzreserveübungspflicht zuzulassen, hingegen angenommen; dafür stimmte auch Moltke. Der Antrag Buchlers, den Reichskanzler zur Herbeiführung eines Staatencongresses behufs allgemeiner Abrüstung zu veranlassen, wurde nahezu einstimmig abgelehnt.

Berlin, 10. April. (Br. Allg. Btg.) Aus Petersburg wird berichtet, daß die Polizei die socialistische Hauptkassette in den letzten Tagen entdeckt und an Geld 8000 Rubel gefunden habe.

London, 10. April. (N. fr. Pr.) Der Wiener Correspondent des „Daily Telegraph“ erfährt, daß der Ausfall der englischen Wahlen große Bestürzung auf der Borse verursachte und infolge dessen der Sultan den Wiener Botschafter Edhem Pascha beauftragte, anzufragen, ob man in Wien zu einer österreichisch-türkischen Allianz geneigt wäre.

London, 10. April. Die „Times“ halten dem Lord Beaconsfield einen politischen Nachruf und sagen, bei seinem Alter werde er wohl nie mehr an die Ruder kommen. In einem liberalen Cabinete, sagt das Blatt, müßte Gladstone sitzen, sonst müßte man um jeder Frage willen sich bei ihm Rathes erholen.

Petersburg, 10. April. Die „Daily News“ verzeichnen das Gerücht, daß in Peking eine Revolution ausgebrochen sei.

Galatz, 10. April. (Presse.) Vier Seemeilen unter unserer Stadt ereignete sich heute ein Unglücksfall, wie er sonst nur nachts auf hoher See vorkommen pflegt. Am hellen Tage, vormittags zehn Uhr, stießen der österreichische Dampfer „Flora“ und der englische Transportdampfer „Baritta“ mit solcher Behemung zusammen, daß letzterer sofort sank. Sechs Menschen, ein Passagier und fünf Matrosen, büßten das Leben ein. Die übrigen Passagiere und der Rest der Besatzung wurde gerettet, während die Ladung gleichfalls zugrunde gieng.

Constantinopel, 10. April. (Pol. Corr.) Heute soll die Unterzeichnung des den Gebietsaustausch mit Montenegro betreffenden Protokolles stattfinden. Graf Corti hat seine für gestern anberaumt gewesene Abreise bis nach erfolgter Unterzeichnung des fraglichen Protokolles verschoben.

Telegraphischer Wechselskurs

vom 10. April.

Papier-Rente 73 80. — Silber-Rente 74 20. — Gold-Rente 90 15. — 1860er Staats-Anlehen 130 50. — Bankactien 841. — Creditactien 287 50. — London 118 60. — Silber —. — R. f. Münz-Ducaten 5 58. — 20-Franken-Stücke 9 44 1/2. — 100-Reichsmark 58 35.

Lottoziehungen vom 10. April:

Wien: 66 81 25 9 76.
Graz: 42 35 20 86 80.

Börsebericht. Wien, 10. April. (1 Uhr.) Anfangs sehr lebhaft, später ruhiger, aber noch immer sehr fest, interessierte sich die Börse heute ganz vorzugsweise für ungarische Goldrente.

	Geld	Ware		Geld	Ware		Geld	Ware	
Papierrente	73 95	74 05	Grundentlastungs-Obligationen.				Franz-Joseph-Bahn	169 75 170 25	
Silberrente	74 40	74 50	Böhmen	103 —	104 —	Galizische Carl-Ludwig-Bahn	266 25 266 75		
Goldrente	90 10	90 20	Niederösterreich	104 50	105 —	Kaschau-Oderberger Bahn	129 25 129 50		
Josef, 1854	123 50	124 —	Galizien	98 —	98 50	Bemberg-Cernowitzer Bahn	166 25 166 75		
„ 1860	130 50	130 75	Siebenbürgen	91 50	92 25	Lloyd-Gesellschaft	663 — 665 —		
„ 1860 (zu 100 fl.)	133 50	134 —	Temeser Banat	90 50	91 —	Defferr. Nordwestbahn	167 50 168 —		
„ 1864	174 50	175 —	Ungarn	91 25	92 —	Rudolfs-Bahn	172 — 172 50		
Ung. Prämien-Anl.	115 —	115 25	Actien von Banken.				Staatsbahn	161 25 161 50	
Credit-B.	177 —	177 50	Anglo-östr. Bank	153 75	154 —	Südbahn	280 — 280 50		
Rudolfs-B.	18 —	18 50	Creditanstalt	238 25	238 50	Therz-Bahn	246 50 247 —		
Prämienanl. der Stadt Wien	119 —	119 25	Depositenbank	216 —	217 —	Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	139 — 139 50		
Donau-Regulierungs-Lose	112 75	113 —	Creditanstalt, ungar.	274 —	274 50	Ungarische Nordostbahn	148 25 148 75		
Domänen-Pfandbriefe	146 —	146 25	Österreichisch-ungarische Bank	840 —	842 —	Ungarische Westbahn	150 — 150 25		
Defferr. Schatzscheine 1881 rückzahlbar	101 25	101 75	Unionbank	112 25	112 50	Wiener Tramway-Gesellschaft	245 — 245 50		
Defferr. Schatzscheine 1882 rückzahlbar	102 25	102 75	Verkehrsbank	134 —	134 50				
Ungarische Goldrente	106 15	106 25	Wiener Bankverein	144 75	145 —	Pfandbriefe.			
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	127 —	127 25	Actien von Transport-Unternehmungen.				Allg. öst. Bodencreditanst. (i. Gb.)	120 — 120 50	
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativründe	127 —	127 25	Alföld-Bahn	153 25	153 75	(i. B. B.)	102 25 102 50		
Ungarische Schapanw. vom J. 1874	—	—	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	610 —	611 —	Österreichisch-ungarische Bank	103 50 103 60		
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	102 50	—	Elisabeth-Westbahn	190 75	191 25	Ung. Bodencredit-Anst. (B. B.)	102 50 102 75		
Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 73 90 bis 74 —. Silberrente 74 40 bis 74 50. Goldrente 90 — bis 90 10				Prioritäts-Obligationen.				Elisabeth-B. 1. Em.	99 — 99 50
153 25 London 118 55 bis 118 70. Napoleons 9 44 1/2 bis 9 45. Silber — bis —.								Ferd.-Nordb. in Silber	107 — 107 50

	Geld	Ware		Geld	Ware	
Franz-Joseph-Bahn	99 90	100 10	Devisen.			
Gal. Carl-Ludwig-Bahn, 1. Em.	106 50	107 —	Auf deutsche Plätze	56 80	56 90	
Defferr. Nordwest-Bahn	101 25	101 50	London, kurze Sicht	118 55	118 65	
Siebenbürgen Bahn	85 75	86 25	London, lange Sicht	118 60	118 70	
Staatsbahn 1. Em.	176 75	177 25	Paris	47 —	47 —	
Südbahn à 3%	126 75	127 —				
„ à 5%	114 —	114 25	Geldsorten.			
			Ducaten	5 fl. 58	fr. 5 fl. 59	
			Napoleonsd'or	9 —	44 1/2 —	
			Deutsche Reichs-Roten	58 —	40 —	
			Silbergulden	—	—	
			Prioritäts-Obligationen.			
			Krainische Grundentlastungs-Obligationen:			
			Geld 100 —, Ware 101 —.			
			Credit 238 — bis 238 20			
			Anglo 153 — bis 153 25			